

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck's Dreiring-Fondant-Schokolade
 Dreiring-Rahm-Schokolade
 Dreiring-Bitter-Schokolade
 Dreiring-Kakao, Dessert.

Schiffstellung und Sammelstellen:
 Marienstraße 38/40.
 Druck u. Verlag von Kieppich & Reichardt in Dresden.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
 Fernsprechersammelnummer: 25241.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden bei postalischer Zustellung (an Cassa- und Postämtern nur einmal) 2,50 M., (einmalige Lieferung durch die Post 3 M., (ohne Schlüssel).
 Anzeigen-Preise. Die einseitige Zeile (eine 6 Spalten) 20 M., Tagespreise und Anzeigen in Nummern nach Cassa- und Postämtern laut Tarif. — Zusätzliche Aufträge nach gegen Vorabereinbarung. — Belegzeit: 10 M.
 Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schlußstücke werden nicht anbreitet.

Bei Hustenreiz
 Verschleimung, Heiserkeit, stänlicher Inflammation leisten Bronchimenthol-Pastillen, a Glas 1 Mark, und Bronchimenthol-Bonbons für Kinder, Schachtel 25 Pfennig, vorzügliche Dienste, indem sie den listigen Hustenreiz sofort stillen und den Schleim lösen. Licht mit Wappen. Versand n. auswärts.
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Nanitz
 Seidenhaus
 Prager Straße 14
 Neue Stoffe: Seidenkaschmir, Taft, Chinakrepp, Schleierstoffe, Rips B-Samt für Kleider und Blusen
 Neue Farbtöne: schiefer-, marine- u. pflaumenblau, weinrot, dunkelgrün, braun, schwarz, weiß, elfenbein

Photo-Apparate fürs Feld.
 Rollfilm und Filmpacks
 in allen Größen in großen Posten stets am Lager.
 Kneißl und Prinzl, Hoflieferant
Carl Plaul Dresden-A., Wallstr. 25

Deutschlands Kriegsbeute.

1429 971 Kriegsgefangene in Deutschland, 9700 Geschütze, 3000 Maschinengewehre erbeutet. — Die Mannschftsverluste unserer Feinde. — Die amerikanisch-deutschen Verhandlungen. — Unterstaatssekretär Zimmermann über den Unterseekrieg.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 7. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Beständige Artilleriekämpfe zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras, sowie südlich der Somme. Die Stadt Lens wurde in den letzten Tagen vom Feinde wieder lebhaft beschossen.

In den Arzonnen sprengten und besetzten die Franzosen auf der Höhe 285 (La Hille Moriel), nordöstlich von La Chalade, einen Trichter, wurden aber durch einen Gegenstoß sofort daraus vertrieben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Eine in der Nacht zum 6. Februar von uns genommene russische Feldwachstellung auf dem östlichen Scharsallfer an der Bahn Baranowitsch-Nadrowitsch wurde erfolglos angegriffen. Der Gegner mußte sich unter erheblichen Verlusten zurückziehen.

Südwestlich von Widyn fiel ein russisches Flugzeug, dessen Führer sich verfliegen hatte, unversehrt in unsere Hände.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 7. Februar: Lage überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Söller, Feldmarschall-Lieutenant.

Deutschlands Kriegsbeute.

Unter Berliner Mitarbeiter schreibt uns:
 Die Zahl der in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen beziffert sich auf nahezu 1 1/2 Millionen, nämlich 1 429 971. Das sind aber nicht sämtliche Kriegsgefangene, die durch die deutschen Truppen gemacht worden sind, eine große Zahl solcher Gefangener ist in Oesterreich-Ungarn verblieben, und zwar des kürzeren Transports wegen. Die Zahl der erbeuteten und noch brauchbaren Gewehre ist fast ebenso groß wie die Zahl der Gefangenen. Ueber die Zahl der feindlichen Gewehre, die auf den Schlachtfeldern zerstückelt wurden und liegen blieben, lassen sich natürlich keinerlei Angaben machen. An Geschützen wurden 9700, an Maschinengewehren etwa 3000 und an Munitions- und sonstigen Fahrzeugen unserer Feinde, die in unsere Hände fielen, 7700 nach Deutschland übergeführt. Auch von all diesem Material ist natürlich vieles vernichtet und auf den Schlachtfeldern zurückgelassen. Daß, was gesammelt wurde, ist im wesentlichen noch verwendbar. In bezug auf die Zahl der Verwundeten und Toten der feindlichen Armeen ist man nur auf Schätzungen angewiesen, um so mehr, als unsere Feinde keine Verlustlisten veröffentlichen. Insgesamt dürfte die Zahl der Mannschftsverluste unserer Feinde, die Gefangenen eingeschlossen, mit drei Millionen nicht zu hoch eingeschätzt sein. (b.)

Amerika und wir.

Vor einiger Zeit vernahmen wir mit einer gewissen Befriedigung, daß sich die Beziehungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und Deutschland erheblich gebessert hätten. Der „Arabic“-Fall war aus der Welt geschafft worden, und zwar in einer Weise, mit der die Bundesregierung zufrieden sein konnte, es hieß auch einmal, über die Verletzung der „Lusitania“ sei eine Verständigung erzielt worden. Gleichsam als Behätigung der Entspannung veröffentlichten amerikanische Zeitungen Vorschläge, die der Staatssekretär Lansing den Kriegführenden zur Regelung des Unterseebootskrieges unter-

breitet hatte, und die in der Forderung gipfelten, daß der Bierverband aufhören solle, seine Handelschiffe zu bewaffnen, und Deutschland und seine Verbündeten in Zukunft sein Handelschiff mehr ohne Warnung torpedieren sollten. Ob eine solche Regelung den deutschen Interessen entsprochen hätte, ob sie vereinbar gewesen wäre mit den harten Notwendigkeiten des Krieges, vor die uns England durch seine Anshungerungs politik gestellt hat, ist eine andere Frage. Es lag aber kein Grund vor, anzunehmen, daß es Herr Lansing mit seinem Vorschlage nicht ehrlich gemeint habe. Wenn auch seine Vorschläge für Deutschland schwerlich eine Grundlage für eine endgültige Regelung hätten abgeben können, so enthielten sie doch das Zugeständnis, daß Amerika den Unterseekrieg nicht schlechweg als ungesetzlich verdamme, wie man aus früheren Äußerungen der amerikanischen Regierung hatte entnehmen müssen. Um so überraschender war es für die Öffentlichkeit in Deutschland, daß fast gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der Lansing'schen Vorschläge eine Reihe von Meldungen über den Ozean kam, die als Anzeichen neuer ernstlicher Spannungen gewertet werden mußten. Wissen wir in einer Wahlrede davon gesprochen, daß Amerika vielleicht schon „morgen“ in den Krieg hineingezogen werden könnte, hatte geheimnisvolle Andeutungen über Desiderien schwerwiegenden Inhalts gemacht, die ihm jeden Tag ausgingen, und der Heberzeugung Ausdruck verliehen, daß Amerika als „eine Gemeinschaft von Idealisten“ eher bereit sei, für große Gedanken, als für Dollars ihr Leben zu lassen“. Alle diese Meldungen waren so unbestimmt gehalten, daß sie an sich ebenbürtig auf England wählten wie auf Deutschland. Wir wußten freilich von Anfang an recht gut, was gemeint war, und die Engländer auch. Wenn aber überhaupt ein Zweifel darüber möglich gewesen wäre, so wäre er durch die plötzliche Wiederauflösung der „Lusitania“-Frage behoben worden. Am 7. Mai vorigen Jahres ist die „Lusitania“ von einem deutschen Unterseeboote in den englischen Gewässern versenkt worden. Daraus entspann sich, wie man weiß, ein Rollenwechsel zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung, seit langer Zeit aber schien die Frage zu ruhen. Erst jetzt, nach drei Vierteljahren, hat es Herr Wilson für gut gefunden, an die deutsche Regierung die hitzige Forderung zu stellen, die Tat des Unterseebootskommandanten für gerechtfertigt zu erklären.

Wir wissen nicht, welcher Art die Zugeständnisse im einzelnen sind, die Deutschland Amerika bisher gemacht hat. Daß aber die deutsche Regierung den amerikanischen Wünschen entgegengekommen ist, und zwar sehr weit, gibt Unterstaatssekretär Zimmermann in einer Unterredung mit dem Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbureaus zu. Auch ohne das wissen wir, daß seit Mai in der Irischen See und überhaupt an der Westküste Englands kein Schiff mehr versenkt worden ist. Die deutsche Regierung hat auch in dem „Arabic“-Falle nachgegeben, trotzdem aus dem Bericht des Unterseebootskommandanten klar hervorging, daß der Dampfer einen Mannverlud gemacht hat und deshalb mit Recht ohne weiteres versenkt worden ist. Aus alledem erhellt das Bestreben, daß unsere amtlichen Stellen ernstlich bemüht sind, alle Reibungsflächen mit Amerika auszufüllen. Man mußte annehmen, daß dies auch im „Lusitania“-Falle sich ermöglichen lassen würde, um so mehr, als durch die lange Vertagung der ganzen Angelegenheit der Eindruck erweckt wurde, daß über die grundsätzliche Seite des Falles Einigkeit herrichte. Wenn nun die ganze Frage unter Wilson und Demmer gewissermaßen von neuem aufgerollt und in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt wird, so fällt es dem unbefangenen Zuschauer schwer, daran zu glauben, daß Herr Wilson sich von rein sachlichen Gründen hat leiten lassen. Alles deutliche Entgegenkommen, all die Nachgiebigkeit unserer Regierung im dem „Arabic“-Falle und bei anderen Gelegenheiten ist vergeblich gewesen, im Washingtoner Weißen Hause hat man sich, wie es scheint, nun einmal auf den Gedanken festgesetzt, wie es scheint, und das in einem Augenblicke, wo die amerikanische Regierung viele Gründe hätte, sich über die

englische Kriegführung zu beklagen. Jeder Tag bringt neue Meldungen von englischen Seefahrern zur See, unter denen der amerikanische Handel schwer leidet, die im Grunde auch mit der Hand eines großen Staates nicht verträglich sind. Vor langer Zeit hat die amerikanische Regierung in einem ausführlichen Schriftstück nachgewiesen, daß Englands Preispraxis ungesetzlich ist, bis heute aber hat sie nichts getan, um von England die Verdrückung ihrer berechtigten Ansprüche zu erlangen. Im Gegenteil, amerikanische Munitionsfabriken arbeiten heute mit demselben Eifer wie früher für England und seine Verbündeten, amerikanisches Geld verhilft unseren Feinden noch immer zur Fortsetzung des Krieges, amerikanische Soldaten gewöhnen den englischen Kriegsschiffen noch immer die deutbar größte Unterstützung. Amerika trägt, was auch immer England gegen amerikanische Interessen unternehmen mag, noch wie vor dazu bei, unseren Feinden die „Niederwerfung“ Deutschlands zu ermöglichen und scheint jetzt die Vernichtung der „Lusitania“ zum Anlaß nehmen zu wollen, Deutschland eine der wirksamsten Waffen, die es im Kampfe gegen England besitzt, aus der Hand zu wenden.

Unter diesen Umständen ist die Frage berechtigt, ob die bisherige Politik der Nachgiebigkeit, des Einlenkens und der Friedfertigkeit um jeden Preis angezeit erscheint. Wir müssen angesichts der Haltung Wilsons und seiner Regierung leider annehmen, daß man uns in Amerika nicht verstanden hat, vielleicht sogar nicht hat verstehen wollen. Unser Friedenswille ist drüber als Schwäche angesehen worden, unsere Nachgiebigkeit war gerade recht, um von Herrn Wilson zur Erreichung innerpolitischer Ziele auszunutzen zu werden. Wie begriffen es deshalb, daß die Regierung in der „Lusitania“-Frage nun das letzte Wort gesprochen hat und klipp und klar erklärt, nicht weitergehen zu können. Welcher Art die letzten Vorschläge sind, die Herr Zimmermann der amerikanischen Regierung unterbreitet hat, ist nicht bekannt, wir können nur hoffen, daß von einer Aufgabe oder einer Abschwächung des Unterseebootskrieges gegen England nicht die Rede ist. Deutschland steht in einem Kampfe um Sein oder Nichtsein gegen einen Gegner, dem jedes Mittel recht ist, der sich bisher um die von dem amerikanischen Präsidenten uns gegenüber mit Unrecht so betonten Gesetze der Menschlichkeit nicht im geringsten gekümmert hat. Wenn wir in diesem Kampfe nicht alle Waffen benutzen wollen, über die wir verfügen, dann kommt das zum mindesten einer Verlängerung des Krieges gleich, und die will doch auch Herr Wilson nicht. Nach seinen bisherigen Taten müssen wir freilich daran zweifeln, daß er einen raschen Sieg Deutschlands einem langen Kreige, der möglicherweise mit gegenseitiger Erschöpfung enden würde, vorzieht. In es ist sogar behauptet worden, daß er im Grunde seines Herzens sich am liebsten offen auf Englands Seite stellen würde, um auf diese Weise den Krieg abzukürzen. Wenn er des in Wirklichkeit täte, weil es seinen persönlichen Ambitionen entspricht, oder weil er für Americas Zukunft Vorteile davon erhofft, so stehen wir dem, das sei mit allem Nachdruck betont, mit ruhiger Entschlossenheit entgegen. Niemand in Deutschland wird eine solche Wendung leicht nehmen, niemand würde aber auch dadurch in seiner berechtigten Siegesgewissheit erschütterter werden. Wenn aber der gegenwärtige Präsident der Union solche Absichten nicht hat — und seine letzte Rede scheint das zu bestätigen —, wenn er aus bloßen Wahrscheinlichkeiten, um als harter Mann zu erscheinen, einen Theatervorfall inszeniert haben sollte, dann müßte das als ein geradezu frevelhaftes Spiel bezeichnet werden, dem durch eine klare und entschlossene Haltung der deutschen Regierung möglichst rasch ein Ende gemacht werden sollte.

Eine Unterredung mit Unterstaatssekretär Zimmermann.

b. Der Berliner Vertreter der „Associated Press“ hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, in der dieser die Hoffnung ausdrückte, daß die neuen Verhandlungen, die den Vereinigten Staaten bereits vorliegen, die Grundlage für eine Regelung geben würden. Er wolle jedoch den Ernst der